

Solidarität mit Rojava - Waffen für die YPG / YPJ!

Die Milizen der selbsternannten „Gotteskrieger“ des islamischen Staates stehen direkt vor den Toren der kurdischen Metropole Kobanê - es droht ein Massaker falls es ihnen gelingen sollte die Stadt einzunehmen. Zusätzlich wird die kurdische Selbstverwaltung in Rojava (Westkurdistan/ Nordsyrien) durch einen am Donnerstag vom Parlament in Ankara genehmigten Einmarsch der türkischen Streitkräfte bedroht.

Die Kämpfer_innen der kurdischen Selbstverteidigungskräfte YPG und der Frauenverteidigungskräfte YPJ geben seit Tagen alles, um Kobanê gegen den Ansturm des übermächtigen und hochgerüsteten Feindes zu verteidigen. Mit veralten Waffen, Mut und sehr viel Kreativität gelang es ihnen bisher die Stellungen gegen den IS zu halten, doch die Situation wird von Stunde zu Stunde kritischer.

Dabei verteidigen die Kämpfer_innen der YPG/YPJ zur Stunde in Kobanê nicht nur die kurdische Selbstverwaltung und deren emanzipatorischen Errungenschaften wie Basisdemokratie und Frauenpartizipation. Sie verteidigen das Gewissen der gesamten Menschheit gegen die von der Nah-Ost-Politik des Imperialismus erzeugte Barbarei: den islamischen Staat (IS).



Auch hier wird es um Kobanê und den kurdischen Kampf gehen...

In diesem Augenblick, da uns stündlich neue, besorgniserregende Meldungen aus Kobanê und Rojava erreichen, können wir es nicht länger bei verbaler Solidarität und Öffentlichkeitsarbeit belassen. Deshalb haben wir uns entschlossen ab sofort mit einer Kampagne „Solidarität mit Rojava - Waffen für die YPG/YPJ“ zu beginnen, um den Kampf unsere Freund_innen und Genoss_innen vor Ort konkret zu unterstützen.

Wir wollen hier in der Bundesrepublik Geld sammeln, um die militärische

Verteidigung eines fortschrittlichen Gesellschaftsentwurfes im Nahen Osten zu unterstützen. Wir hätten eine solche Sammlung früher beginnen müssen. Aber spät zu beginnen ist besser als zu schweigen. Deshalb werden wir in den nächsten Wochen und Monaten unsere Anstrengungen darauf konzentrieren , diese Spendenkampagne für die militärische Verteidigung Rojavas gegen fundamentalistische Reaktion des IS und kolonialistische Besatzungspolitik des NATO-Staates Türkei zu einem erfolgreichen Ergebnis zu führen.

Wir rufen alle Organisationen der politischen Linken, fortschrittliche und antifaschistische Menschen in der BRD und Europa dazu auf ,sich unsere Initiative anzuschließen und jetzt ernst zu machen mit der oft beschworenen „internationalen Solidarität“.

Während die deutsche Regierung die korrupte und feudal-konservative KDP des nordirakischen Kurdenpräsidenten Barzani mit Waffen ausrüstet, dessen Peshmerga-Milizen sich bei der Verteidigung der Jeziden im Nordirak gegen den IS-Terror bisher nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben, wollen wir die Kräfte der linken kurdischen Befreiungsbewegung YPG und YPJ unterstützen die im August 10 000 vom IS eingekesselten Jeziden das Leben retteten, als sie einen Fluchtkorridor vom Shengal-Gebirge nach Rojava freikämpften. Dabei möchten wir den selbstorganisierten Ansatz der kurdischen Befreiungsbewegung aufgreifen und als revolutionäre Linke selber aktiv werden anstatt an staatliche Institutionen zu appellieren. Wir sind Antimilitaristen und keine Waffenfetischisten. Sicherlich gibt es im Nahen Osten genug Waffen. Doch wer verfügt über sie?

Wir haben uns auch deshalb zu dieser Kampagne entschlossen weil für uns das gesellschaftliche Projekt in Westkurdistan, die „Kommune von Rojava“ von besonderer Bedeutung ist. Nicht nur für den seit über 100 Jahren von kolonialer Fremdbestimmung, Imperialismus und reaktionären Gegenbewegungen wie dem politischen Islam geprägten Nahen Osten, sondern auch für die Zukunft internationalistische Politik und der antikapitalistischen Bewegungen weltweit. Der Aufbau einer emanzipatorischen gesellschaftlichen Alternative, deren Grundlagen Selbstorganisation, Basisdemokratie, Frauenbefreiung und die Überwindung

ethnischer und konfessioneller Spaltungen sind zeigt das eine „andere Welt möglich ist“ wenn wir uns auf unsere eigene Stärke besinnen und uns nicht zum Spielball geopolitischer Interessen machen lassen. Seit dem Siegeszug des Neoliberalismus in den 1980er Jahren, den Scheitern der antikolonialen Befreiungsbewegung und dem Kollaps des sowjetischen Blocks hatte die weltweite Linke keine ernstzunehmende eigene Option. Saddam oder USA? Iran oder Israel? Hamas oder Likud? Ghaddafi oder NATO? CDU oder SPD? Es blieb die wohlbegründete Wahl des (vermeintlich) kleineren Übel.

Das Projekt in Rojava und die kurdische Befreiungsbewegung sind für uns eine Chance die lähmende Passivität weiter Teile der Linken, zu überwinden und für den Aufbau einer gesellschaftlich Relevanten antikapitalistischen Bewegung in Europa und der BRD zu lernen.

Wir sind Linke aus verschiedenen politischen Strömungen und mit verschiedenen Hintergründen und Erfahrungen. Natürlich stehen auch wir der politischen Praxis der kurdischen Befreiungsbewegung nicht völlig unkritisch gegenüber. Aber wir nehmen zur Kenntnis das es ihnen im Gegensatz zu vielen Linken in den Metropolen gelungen ist, die Fehler ihrer politischen Vergangenheit zu reflektieren und in den letzten Jahren zur der wichtigsten fortschrittlichen Kraft im Nahen Osten zu werden. Wir finden das von der kurdischen Befreiungsbewegung deshalb wichtige Impulse für den Wiederaufbau einer weltweiten antikapitalistischen Bewegung ausgehen. Dies hat jedoch zur Voraussetzung, dass es der kurdischen Revolution gelingt, sich gegen die militärische Übermacht des IS und der Bedrohung durch einen Möglichen Einmarsch der Türkei zu verteidigen.

Deshalb gilt es jetzt zu handeln: Solidarität mit Rojava - Waffen für die YPG/YPJ!

Spendet für die Verteidigung eines emanzipatorischen Gesellschaftsentwurf im Nahen Osten!

Hoch die internationale Solidarität!

Spendenkonto:

Empfänger: MD

IBAN: DE98 5005 0201 1243 1674 49

BIC: HELADEF1822

weitere Informationen gibt es unter

kontakt@nao-prozeß.de

arab@riseup.de

Gemeinsamer Aufruf der Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin (ARAB) sowie der Neuen antikapitalistischen Organisation (NaO), welcher auch REVOLUTION angehört

Perspektive: Was kommt nach der Schule?

Eines vorab: Die Jugend ist alles andere als eine heterogene Gruppe, es gibt unter uns privilegierte Untergruppen, genauso wie stark benachteiligte, wobei der Anteil der Benachteiligten selbstverständlich wesentlich höher ist. Jugendliche im Allgemeinen haben im Kapitalismus aber einen schlechten Stand, heute vielleicht noch mehr als vor ein paar Jahrzehnten und in Griechenland und Spanien sicherlich mehr als hier in Deutschland. Als billige Arbeitskräfte werden wir von den Bossen ausgenutzt - oft sind wir auch gerade deshalb abhängig von der Familie - und in den großen Protestbewegungen wird uns kaum Gehör geschenkt.

Die „Karriere“ der meisten Jugendlichen beginnt hierzulande gleich: Wir gehen in die Schule.

Da hören die Gemeinsamkeiten aber auch schon auf, denn es gibt nicht die eine Schule, sondern drei verschiedene Schulformen: Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Der Rest unseres Lebens ist abhängig davon, auf welche Schule wir gehen. Diese Entscheidung wird allerdings nicht uns,

sondern von den jeweiligen Schulen und Lehrer*innen gefällt. Mit 9-10 Jahren wird das erste Mal kräftig ausgesiebt. Manche von uns haben das Glück aus wohlhabenden, kleinbürgerlichen Familien zu kommen und bekommen die Empfehlung für das Gymnasium.

Natürlich gibt es auch Ausnahmen von Arbeiter*innenkindern, die auf diese Schulform schaffen - die Regel sieht aber anders aus.

Während 88% der Kinder aus Akademikerfamilien das Gymnasium besuchen, liegt der Anteil der Kinder von Nichtakademiker*innen bei gerade mal 46%.

Nach dieser Trennung macht die Schule uns weiterhin fit, aber nicht für's Leben, sondern für den Arbeitsmarkt, also fit sich den Kapitalist*innen zu verkaufen. Überfüllte Klassenräume, Lehrermangel und Stundenausfälle sind Resultate davon was für Auswirkungen die kapitalistische Krise und mit ihr einhergehenden Sparprogramme auf unsere Bildung hat.

Nach 10-12 Jahren Regelschulzeit haben wir allerlei an Leistungsdruck erfahren, viele Daten in uns rein gestopft, in Prüfungen wieder ausgekotzt und auch schon etliche Situationen von Diskriminierung erlebt (zum Beispiel den alltäglichen Sexismus). Eine stetig steigende Zahl junger Männer und Frauen kommt mit diesem psychischen Druck nicht mehr klar, Burnout und Depressionen sind längst nicht mehr den ach so hart arbeitenden Manager*innen vorbehalten sondern kommen immer öfter auch bei Schüler*innen und Student*innen vor. Auch die Selbstmordrate steigt.



Depressionen - auch unter Jugendlichen keine Seltenheit mehr.

Quelle:

<http://cdn3.spiegel.de/images/image-363822-breitwandaufmacher-owmy.jpg>

Irgendwann gibt es dann Abschlüsse. Und in der Regel gilt wieder: Die Herkunft beeinflusst den Abschluss enorm. Wenn deine Eltern Ärzt*innen, Anwalt*innen oder Beamt*innen sind, konnten sie es sich auch eher leisten mehr Geld in deine Ausbildung zu stecken, durch private Nachhilfe oder gar

eine Privatschule. Hast du aber das Pech aus einer proletarischen Familie zu kommen sieht das ganze schon anders aus; wird dazu noch bei euch zu Hause kein oder kaum Deutsch gesprochen, dann viel Glück!

Das Kapital freut sich: Endlich neues Menschenmaterial auf dem Markt! Und dazu noch mit bequem gebrochenem Rückgrat, dank Indoktrinierung in der Schule und neuerdings auch nur noch mit 12 statt 13 Jahren Wartezeit!

Mit einem miesen Abschluss erwartet uns entweder gar kein Job, oder dank Agenda 2010 ein Job im Niedriglohnbereich - sprich: Kaum mehr Kohle als Hartz IV, dafür aber 40-50 Wochenstunden arbeiten.

Nicht umsonst trägt unsere Generation jetzt schon den zweifelhaften Titel „Generation Praktikum“.

So ziemlich jede*r von uns hat schon das eine oder andere Praktikum hinter sich. Für die „Arbeitgeber*innen“ ist ein Praktikum eine tolle Sache, denn nicht bezahlte Arbeitskräfte sind immerhin mehr als nützlich. Und da die meisten Praktika nicht mit einer Festanstellung o.ä. Enden, muss der Boss auch keine Verpflichtungen eingehen und sucht sich nach ein paar Wochen einfach ein neues Ausbeutungsobjekt. Unbezahlte Arbeit gab's übrigens das letzte Mal in Sklavenhaltergesellschaften, wobei sich Sklav*innen wenigstens um Kost und Logis keine Sorgen machen mussten.

Und wo es gerade um miserable Bezahlungen geht: Hat irgendjemand eine Ausbildungsstelle mit fairem Lohn?

Obwohl Azubis in der Regel nicht weniger als reguläre Arbeiter*innen arbeiten, werden sie dennoch viel schlechter bezahlt. Im ersten Ausbildungsjahr liegt der Durchschnittslohn eines Azubis bei 691€ - die Mehrzahl der Ausbildungen wird allerdings schlechter bezahlt, manchmal gibt es auch gar keine Vergütung. Nach der Ausbildung erhoffen sich viele von ihrem Ausbilder übernommen zu werden - werden aber oft enttäuscht. Opel beispielsweise ist dazu übergegangen keinen einzigen Auszubildenden zu übernehmen, sondern ihnen lediglich Zeitarbeitsverträge anzubieten.

Viele Jugendliche machen nach der Schule einen wie auch immer gearteten

Freiwilligendienst. Laut Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben dient ein solcher „Freiwilligendienst“ dazu, dass sich junge Männer und Frauen für das Gemeinwohl engagieren können. Und natürlich können sie dabei auch schön ausgebeutet werden! Die Bezahlung von BFD/FSJ ist nicht der Rede wert (330€ maximal, i.d.R. weniger) und trotzdem sind 40-Stunden Wochen ganz normal. Wie wichtig dem bürgerlichen Staat sozialstaatliche Aufgaben wie Alten- und Krankenpflege oder Kinderbetreuung sind erkennt man gut daran, dass ein freiwilliger Wehrdienst nach einem Jahr schon mit mehr als 1000€ besoldet wird, also gut dem dreifachen dessen, was es für eine soziale Tätigkeit gibt.

Auch Arbeitslosigkeit macht vor Jugendlichen nicht halt. Ganz im Gegenteil, in südeuropäischen Ländern wie Griechenland, Portugal und Spanien ist gut jeder zweite Jugendliche arbeitslos. Vielen gelingt es nicht mal nach der Schule eine erste Arbeitsstelle zu finden. Und gleichzeitig wird in eben diesen Ländern ein massiver Angriff auf die sozialen Systeme wie z.B. Arbeitslosengeld gefahren, was zur Folge hat, dass große Teile der Bevölkerung und speziell die Jugend an Armut leidet.

Die meisten von uns sind von diesen und anderen Fakten alles andere als begeistert. Trotzdem sind die allermeisten Jugendlichen nicht aktiv organisiert. Wo Jugendliche aktiv in Organisationen sind, sind diese Organisationen reformistische, bürgerliche oder sozialdemokratische. DGB Jugend, Jusos und Solid sind in dieser Hinsicht die größten und bedeutendsten. Aber die Tatsache, dass keine dieser Organisationen (nein, auch Solid nicht, siehe <http://www.onesolutionrevolution.de/allgemein/5529/>) ernsthafte Anstalten macht Jugendliche klassenkämpferisch und revolutionär zu organisieren zeigt, wie notwendig eine revolutionäre, internationalistische Jugendorganisation ist.

Wir Jugendlichen müssen endlich erkennen, dass wir durchaus in der Lage sind unsere Interessen durchzusetzen. Jugendliche sind häufig radikaler und militanter als Erwachsene, gerade das gibt uns die Aufgabe eine kämpferische, unabhängige Organisation aufzubauen und gemeinsam mit der Arbeiter*innenklasse gegen den Kapitalismus zu kämpfen.

Ob in der Schule, der Uni oder an der Arbeit - an all diesen Orten sind wir Angriffen des Kapitals ausgesetzt, egal ob Studiengebühren, Schulzeitänderungen oder mangelnde Übernahmen - gegen all das müssen wir uns wehren!

Ein Artikel von Flo Wasser, REVOLUTION Zülpich

NATO torpedieren - Versenkt das Imperialistische Schlachtschiff!

Am 4. und 5. September fand in Newport Wales der diesjährige NATO-Gipfel statt, das Treffen der FührerInnen der 28 Mitgliedstaaten der NATO. Es handelt sich hierbei um ein Koordinierungstreffen der weltweit mächtigsten Militärallianz, dem Waffenbündnis zur Durchsetzung westlicher Imperialismus-Interessen. Die Jugendorganisation Revolution rief zur Blockade des Gipfels auf, um der menschenverachtenden und rücksichtslosen Politik des Kapitals Einhalt zu gebieten. Wir stellen uns gegen den Rohstoff- und Ressourcen-Hunger der ImperialistInnen und ihrer kruden Kriegstreiberpolitik, welche ganze Länder in Bürgerkrieg, Hunger und Vertreibung versinken lässt. Dieser Artikel hat zum Ziel sich mit den Hintergründen der NATO, ihrer Geschichte und ihrer Strukturen auseinander zusetzen ,sowie ihre aktuelle strategische Ausrichtung zu bewerten.



Die grundlegende Frage für uns ist: Wieso gibt es die NATO überhaupt? Hierbei ist die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidend. Das Bündnis

der Alliierten, bestehend aus den USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion hat den deutschen und italienischen Faschismus besiegt. Die Rote Armee hat auf ihrem Vormarsch die osteuropäischen Länder unter die Kontrolle Stalins gebracht und unterdrückt die aufkeimenden Arbeiterräte und Antifaschistischen Komitees. Europa befindet sich in einer vorrevolutionären Phase. Die ehemaligen Regierungen haben sich noch nicht stabilisiert und die kommunistischen WiderstandskämpferInnen und GewerkschafterInnen kommen aus dem Untergrund und den Arbeitslagern. Revolution liegt in der Luft. Auf Drängen der Westmächte und mit versprochenen Hilfslieferungen, gibt Stalin den westeuropäischen Kommunistischen Parteien die Anweisung, sich ruhig zu verhalten, die Waffen abzulegen und Regierungen mit den bürgerlichen Parteien zu bilden – ganz im Sinne der stalinistischen Doktrin ‚Sozialismus in einem Land‘ soll die Revolution in Russland gesichert werden, selbst mit Verrat an der eigenen Bewegung und Verkauf an den Westen.

Stalin verkauft die Revolution

Absehbarer Weise ging Stalins Plan nach hinten los. Die Westmächte nutzten die Verschnaufpause zur Stabilisierung der Regierungen und für antikommunistische Propaganda, die Geschichte wurde umgedeutet und man sprach die UnternehmerInnen und das große Kapital bis auf wenige Ausnahmen von der Mitschuld am Faschismus frei. Der Feind war nun der wiedererstarkende Kommunismus. Man begann als Ausdruck dieser Politik und aus Gründen militärischer Verteidigung gegen die Rote Armee, mit der Aushandlung des Nordatlantikvertrages. Durch die Unterzeichnung dieses Vertrages wurde 1949 die NATO gegründet, bestehend aus 16 Mitgliedsstaaten, darunter die USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien, Niederlande usw. Als Gegengewicht etablierte die Sowjetunion kurz darauf den Warschauer Pakt. Die NATO wuchs kontinuierlich auf die heutigen 28 Mitgliedstaaten an. 1955 wird Deutschland wiederbewaffnet und ebenfalls NATO-Mitglied. Auch ehemalige Warschauer Pakt Staaten sind heute in der NATO vertreten, etwa Polen, Tschechien und Ungarn.

„Die Amerikaner versprochen, dass die NATO sich nicht über die Grenzen von Deutschland ausdehnen werde nach dem Kalten Krieg. Aber jetzt sind

die Hälfte der Länder Osteuropas NATO-Mitglieder. Was ist mit dem Versprechen geschehen? Das zeigt man kann ihnen (der NATO, den USA) nicht trauen“ Michael Gorbatschow, 2008

Die Ausrichtung der NATO war von Anfang gegen den Kommunismus gerichtet. Jedoch nicht beschränkt auf die Politik Stalins. In ihren Mitgliedsländern und darüber hinaus wurde gezielte Verfolgung und Unterdrückung jeglicher Form kommunistischer Politik betrieben. Sei es etwa die Kommunisten-Hatz in den USA durch McCarthy 1950, das Verbot und die Verfolgung der KPD in Deutschland 1956, der fehlgeschlagenen Invasion Kubas durch die USA 1961, der Unterstützung der NATO-Länder für den Völkermord an bis zu 1. Mio. Kommunisten im Indonesien der 60er Jahre, der Liquidierung Che Guevara auf Anweisung der CIA 1967, dem Vietnamkrieg usw. Die Ausrichtung der NATO-Politik zeigt, dass es um den Erhalt und den Ausbau der Macht, mit jeglichen Mitteln geht - Wichtigster Punkt dabei: Es wird penibel darauf geachtet ein bestmögliches Feindbild zu errichten. So geschehen bei Saddam Husein im Irak, bei Osama Bin Laden in Afghanistan, dem Widerstand in Palästina gegen die Politik Israels und den Separatisten in der Ost-Ukraine. Es soll der Eindruck entstehen, die NATO kämpfe gegen das Böse in der Welt.

Der geheime Krieg des „Verteidigungsbündnisses“

Ein wichtiges Kapitel in der Geschichte der NATO sind die Geheimarmeen - Schattenstrukturen die parallel zu dem bestehenden Militär aufgebaut wurden. Als Sammelbegriff für diese regional tätigen Stay-behind-Organisationen, wird heute der Name der italienischen Sektion ‚Gladio‘ verwendet. Diese Gruppen setzten sich zusammen aus Nationalisten, Faschisten, vorrangig mit Einsatzerfahrung wie Polizisten oder Militärs. In Deutschland waren dies ehemalige SS und Wehrmachtsangehörige. Ziel dieser Kampfgruppen war es im Falle einer Invasion Spionage- und Sabotageakte zu begehen, die Flucht der Regierung ins Exil zu unterstützen und Exekutionen in der Bevölkerung durchzuführen um gezielt Oppositionelle auszuschalten. Im „Notfall“, beispielsweise bei einem Linksruck der Regierung oder Bevölkerung, sollte diese Gruppe ebenfalls zuschlagen. Der Charakter dieser Armeen ist, wie die jedes anderen

bürgerlichen Militärs, absolut autoritär und antidemokratisch. Im Gegensatz zu einer regulären Armee sind diese Gruppen jedoch keinerlei staatlicher Kontrolle seitens der Regierung ausgesetzt, sondern werden nur von eingeweihten, hochrangigen Militär- oder Geheimdienst-Offizieren betreut.

Die NATO unterstützen diese Gruppen praktisch durch Waffen, Ausrüstung, Geld und Ausbilder. Über das ganze Land hinweg wurden Waffenlager und kleine Ausbildungsgruppen unterhalten. Im Zuge einer Bewaffnung dieser Gruppe in Italien 1976 wurden zwei Carabinieri, welche einen LKW voller illegaler NATO-Waffen kontrolliert hatten, in ihrer Kaserne exekutiert. Die Waffenversorgung fand aufgrund eines Linksrucks in der Regierung statt, Zeugen konnte man dabei keine gebrauchen. Der Mord wurde Jugendlichen aus der Umgebung in die Schuhe geschoben, einer davon war der damals 22 jährige Giuseppe Gulotta - er bekam 22 Jahre Haft.

Die Existenz dieser Geheimarmeen wurde 1990 von dem italienischen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti aufgedeckt. Er legt nahe das es diese Organisationen auch in zahlreichen anderen europäischen Ländern gab und gibt. Dabei meint er Aktive NATO-Länder wie Frankreich, Deutschland, Spanien, Griechenland, Portugal, Niederlande, Norwegen, genauso wie „neutrale“ Länder wie die Schweiz, Schweden oder Irland. Es wurde aufgedeckt, dass der Anschlag auf der Piazza Fontana 1969 - innerhalb dieser Ermittlung „fiel“ der Anarchist Giuseppe Pinelli aus dem 5. Stock eines Polizeireviers-, der Bombenanschlag von Bologna 1980, eventuell das Oktoberfestattentat im Selben Jahr, mit diesen Gruppen in Verbindung stehen. Oder etwa die Versenkung des Greenpeace Schiff ‚Rainbow Warrior‘ durch den französischen Geheimdienst. Zurzeit läuft ein Verfahren in Luxemburg zur Aussage eines Angehörigen eines verstorbenen BND-Mitglieds bezüglich der Verwicklungen zum Oktoberfestattentat. Im Zeitraum von 1960 bis 1980 rollte eine Kampagne rechten Terrors über Italien hinweg, der Höhepunkt war im Jahr 1978 mit 2400 faschistischen Anschlägen.

Die Aussage von Italiens offizieller Untersuchungskommission aus dem Jahr 2000: *„Diese Massaker, diese Bomben, diese militärischen Aktionen wurden von Männern innerhalb italienischer staatlicher Einrichtungen organisiert*

oder gefördert oder unterstützt und, wie kürzlich aufgedeckt wurde, auch von Männern die mit den Strukturen der Geheimdienste der USA in Verbindung standen.“

Die Dunkelziffer weiterer Morde und Anschläge ist nur zu erahnen. Fest steht jedoch das gezielt nationalistische und faschistische Gruppen aufgebaut wurden. Die Frage ist also warum? Was bringt dieser Staatsterrorismus, wie er in Italien genannt wurde? Man schürte Angst und wollte, dass sich das Vertrauen der Bevölkerung in die Staatsinstitutionen richtet. Wenn es in Europa einen Anschlag gab, wurde er sofort der jeweiligen Linken in die Schuhe geschoben. Im Gegenteil wurden Spuren gezielt verwischt, um einen rechten Hintergrund auszuschließen. Die Propagierung des ‚Linken Terrors‘ sollte in der Bevölkerung einen Rechtsruck auslösen und somit jeder aufkeimende Sozialismus unterbunden werden. *„Die CIA wollte entsprechend der Anweisungen ihrer Regierung einen italienischen Nationalismus aufbauen, der in der Lage war, alles aufzuhalten, was seiner Meinung nach zur Linken neigte, und zu diesem Zweck habe man möglicherweise den Rechtsterrorismus benutzt.“* General Giandelio, ehemaliger Chef der italienischen Spionageabwehr.

Militärische Ausrichtung, Verschwiegenheit und Kalkül

 Links NATO-Oberkommandant SACEUR Philip M. Breedlove, mittig Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen

Die Frage drängt sich auf, wie sieht denn eine Struktur aus, die solche Tätigkeiten begünstigt? Die bekannteste Person der NATO ist der Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, seine Funktion ist jedoch rein repräsentativer Natur, man könnte sagen der Pressesprecher. Als Militärbündnis ist die NATO strikt hierarchisch/ militärisch aufgebaut. Die größte Verantwortung und zuständig für die strategische Ausrichtung ist der SACEUR (Supreme Allied Command Europe). Der NATO- Oberkommandant ist direkt dem Pentagon unterstellt. Seit Entstehung wird dieses Amt von hochrangigen US-Militärs getragen – dass des Generalsekretärs stets von Europäern. Die Aufteilung der Welt in die Verantwortungszonen Nordamerika, Südamerika, Afrika, Pazifik und Zentral, zeigt das globale

geopolitische Interesse der westlichen ImperialistInnen. Das Bündnis ist somit eine Interessensvertretung der Imperialistischen Mächte, auch wenn ein Machtkampf innerhalb des Bündnisses stattfindet. Die USA mit ihrem weltweit stärksten Militärapparat stellen bis dato die Führung. Dies alles zeigt, die NATO ist grundlegend antidemokratisch - Schlagwort „Geheimarmeen“ - und fernab jeder öffentlichen Kontrolle und Transparenz.

Der Kalte Krieg ist vorbei, doch das Bündnis besteht weiter

Doch wie kann man die heutige Politik der NATO bewerten? Etwa im Falle des Kosovo Kriegs 1999, ohne UN-Mandat, der Einmarsch in den Irak 2003 mit gefälschten Beweisen, der illegale Drohnenkrieg in Pakistan. Wenn man sich auf das bürgerliche Spiel einlässt alles mit dem Völkerrecht zu bewerten, sind dies klare Verstöße gegen das Völkerrecht. Bei den Anschlägen des 11. Septembers berief man sich auf den Bündnisfall, die Terroranschläge wurden als Angriff auf einen NATO-Partner gewertet, was alle Mitgliedsländer automatisch in den Kriegszustand versetzt: Die Grundlage um in Afghanistan einzumarschieren. Die Verwendung des Bündnisfalles im Zusammenhang mit einer Terrorgruppe, zeugt eher von zwanghafter Rechtfertigung politischer Interessen. Doch das wäre auch zu vorschnell geurteilt. Betrachtet man die Strategie der NATO, etwa die Ausrichtung auf asymmetrische Kriegsführung, also der Kampf gegen Milizen oder Guerilla, der Einsatz in Bürgerkriegen, Aufstandsbekämpfung usw., bildet sich deutlich heraus:

1. Die NATO ist kein Verteidigungsbündnis sondern richtet sich auf die Kriegsführung im Ausland im Interesse des Kapitals aus
2. Die Verwendung von Terror als Kriegsgrund kann nun als Legitimation für den Einsatz in jedem beliebigen NATO-Land , sowie in Halb-Kolonialen Ländern der „dritten Welt“ dienen.

Das Bündnis dient somit auch dem Kampf gegen die eigene Zivilbevölkerung im Falle von sozialen Unruhen - Bei den Aufständen in Bosnien diesen Jahres, wurde darüber debattiert ein Truppen-Kontingent zu entsenden.



Karte der NATO-Basen in Europa, Asien und Nordafrika

Auffällig ist auch, dass die NATO-Erweiterung zielgerichtet nach Osten stattfindet. Strategisch betrachtet rückt man somit dem Konkurrenten Russland auf die Pelle, gleichzeitig verschiebt man die Militärstützpunkte auch immer weiter gegen die andere Imperialistische Großmacht China, sowie die aufstrebende Großmacht Indien. Die Energieversorgung mit Erdöl und Erdgas findet ebenfalls über den Osten statt. Die NATO sichert sich nun einerseits Zugang zu den Energiequellen, andererseits schafft sie sich auch einen Korridor für den Energietransport und rückt militärische Operationsbasen an die Konkurrenten heran. Afghanistan stellt ein solches Schlüsselland dar, welches alle genannten Faktoren erfüllt. Im Falle der Ukraine trifft dies ebenfalls zu, es zeichnet sich aber auch eine interne Spannung ab. Im politischen Mächtigungen mit Russland, verliert die EU einen wichtigen Handelspartner, gleichzeitig will man die Ukraine als Arbeits- und Absatzmarkt gewinnen. Den USA gibt sich die Möglichkeit zwei Rivalen gegen einander auszuspielen, Russland und Europa - die Ukraine verliert in jedem Fall. Der Einsatz des Faschismus als Waffe gegen die soziale Bewegung findet auch hier wieder Anwendung, ganz in der Tradition der NATO wird über Leichen gegangen. Am 29. August wurde im ukrainischen Parlament ein Gesetz verabschiedet, welches die Einbindung der Ukraine als NATO-Partner vorbereitet. In Verbindung mit den Truppenverschiebungen in den Osten, ist dies als klare Kampfansage gegen den Konkurrenten Russland zu werten.

Kein Frieden mit der NATO

Als KommunistInnen ist die Akzeptanz eines solchen Bündnisses undenkbar. Sowie bei jedem bürgerlichen Militärapparat auch, gehören die Strukturen zerschlagen und das Bündnis aufgelöst. Jede soziale Bewegung wird von der NATO als Bedrohung war genommen und wird, wie etwa mit dem Stay-Behind-Programm, attackiert. Im Falle einer sozialen Revolution in einem Mitgliedsland, wird die NATO aufmarschieren um die Besitz- und Machtverhältnisse wieder herzustellen. Auf der Sicherheitskonferenz (SIKO) ist dieses Szenario in den zentralen Fokus der Innen- und Außenpolitik der kapitalistischen Regierungen gerückt. Als einer der zentralen Knotenpunkte

des militärischen Luftverkehrs, als weltweit drittgrößter Waffenproduzent und dominante Macht in Europa, ist es für uns in Deutschland erklärtes Ziel diese Strukturen anzugreifen und zu stören. Der Widerstand gegen die imperialistische Kriegspolitik, ist eine direkte Unterstützung des antifaschistischen Kampfes der Ostukraine. Deshalb rufen wir dazu auf:

- Bringt die Wahrheit auf den Tisch: Die NATO ist ein global operierender Aggressor und kein Verteidigungsbündnis
- Verjagt die NATO von öffentlichen Plätzen, Schulen, Berufsschulen und Universitäten - Wir wollen keinen Militarismus und keine Kriegstreiberei!
- Blockiert alle strategischen Versammlungen der kapitalistischen Nationen. Blockade der NATO-Gipfel, der SIKO und sowie der G7, G8 und G20 etc.
- Umverteilung aller Rüstungsausgaben in die Kranken-, Sozialversorgung und Bildung
- Zerschlagung der NATO und des dazugehörenden Militärs. Zerstörung jeglicher Kapazität zur Aufstandsbekämpfung
- Offenlegung aller NATO- und Geheimdienstakten - wir wollen Transparenz und keine Lügen!
- Boykottiert den G8-Gipfel am 4. und 5. Juni 2015 auf Schloss Elmau in Bayern!

KurdInnen kämpfen gegen "Islamischen Staat"

Seit rund 100 Jahren lebt das kurdische Volk in nationaler Unterdrückung. Mit der willkürlichen Grenzziehung der Großmächte nach dem ersten Weltkrieg, wurde das kurdische Volk gespalten. Seither leben insgesamt 30-40 Millionen KurdInnen in Irak, Iran, Syrien und der Türkei als

unterdrückte Minderheit.

Völkermorde an und die tägliche Unterdrückung der KurdInnen, waren lange aus der öffentlichen Debatte verbannt. Die Türkei zum Beispiel, einer der größten Waffenabnehmer Deutschlands, führt einen dauerhaften Krieg gegen die KurdInnen. Selbst das Recht ihre eigene Sprache zu sprechen, wird ihnen verwehrt. Der Bürgerkrieg in Syrien, sowie das aufkommen der reaktionären und fundamentalistischen Kraft „Islamischer Staat“ (IS), die in Syrien und dem Irak für die Errichtung eines „Kalifats“ kämpft, hat die kurdische Frage nun aber wieder in den Vordergrund gerückt.

Die KurdInnen in Rojava (Nordsyrien), unter Führung der YPG (eine linke Organisation der KurdInnen) haben ihre eigenen Gebiete unter Selbstverwaltung gebracht und verteidigen sie mutig gegen die Einheiten des IS. Auch die PKK (Kurdische Arbeiterpartei in der Türkei) eilte den Yeziden, einer Glaubensgemeinschaft im Irak, zu Hilfe, als diese vom IS angegriffen wurde. Doch auch die KurdInnen im Nordirak unter der bürgerlichen Führung des Barzani-Clans werden vom IS bedroht.



Block der Neuen antikapitalistischen
Organisation in Solidarität mit Kobane

Wir von REVOLUTION solidarisieren uns mit dem kurdischen Widerstand, insbesondere mit dem vom IS belagerten Rojava. Organisationen wie die PKK, müssen sofort von den europäischen „Terrorlisten“ gestrichen werden, auf denen sie nur stehen, weil sie sich gegen die Unterdrückung der KurdInnen zur Wehr setzen. Ebenfalls denken wir, dass der legitime Widerstand gegen Mörderbanden wie dem IS, aber auch Schlächter wie Assad (syrischer Dikator) nur mit Waffen möglich ist.

Luftangriffe oder Bodeninvasionen der ImperialistInnen (USA, Deutschland etc.), die den Nahen Osten zu dem Brandherd gemacht haben, der er heute ist, sind es allerdings keine Antwort. Wir treten stattdessen für ein von Diktaturen und ausländischer Ausbeutung freies und sozialistisches

Kurdistan ein. Doch bürgerliche Regime wie das von Barzani im Nordirak, aber auch die reformistische PKK geben auf diese Fragen keine Antwort. Deshalb treten wir für den Aufbau einer konsequenten revolutionären Organisation ein, die für ein freies Kurdistan und eine Föderation sozialistischer Staaten im Nahen Osten kämpft.

Kurzartikel von Georg Ismael, REVOLUTION-Berlin



Offene Diskussionsveranstaltung der NAO in Berlin, mit Gästen die wir zum Bericht und zur Debatte einladen.

KurdInnen kämpfen gegen "Islamischen Staat"

Seit rund 100 Jahren lebt das kurdische Volk in nationaler Unterdrückung. Mit der willkürlichen Grenzziehung der Großmächte nach dem ersten Weltkrieg, wurde das kurdische Volk gespalten. Seither leben insgesamt 30-40 Millionen KurdInnen in Irak, Iran, Syrien und der Türkei als unterdrückte Minderheit.

Völkermorde an und die tägliche Unterdrückung der KurdInnen, waren lange aus der öffentlichen Debatte verbannt. Die Türkei zum Beispiel, einer der größten Waffenabnehmer Deutschlands, führt einen dauerhaften Krieg gegen die KurdInnen. Selbst das Recht ihre eigene Sprache zu sprechen, wird ihnen verwehrt. Der Bürgerkrieg in Syrien, sowie das aufkommen der reaktionären und fundamentalistischen Kraft „Islamischer Staat“ (IS), die in Syrien und dem Irak für die Errichtung eines „Kalifats“ kämpft, hat die kurdische Frage nun aber wieder in den Vordergrund gerückt.

Die KurdInnen in Rojava (Nordsyrien), unter Führung der YPG (eine linke Organisation der KurdInnen) haben ihre eigenen Gebiete unter Selbstverwaltung gebracht und verteidigen sie mutig gegen die Einheiten des IS. Auch die PKK (Kurdische Arbeiterpartei in der Türkei) eilte den Yeziden, einer Glaubensgemeinschaft im Irak, zu Hilfe, als diese vom IS angegriffen wurde. Doch auch die KurdInnen im Nordirak unter der bürgerlichen Führung des Barzani-Clans werden vom IS bedroht.



Block der Neuen antikapitalistischen Organisation in Solidarität mit Kobane

Wir von REVOLUTION solidarisieren uns mit dem kurdischen Widerstand, insbesondere mit dem vom IS belagerten Rojava. Organisationen wie die PKK, müssen sofort von den europäischen „Terrorlisten“ gestrichen werden, auf denen sie nur stehen, weil sie sich gegen die Unterdrückung der KurdInnen zur Wehr setzen. Ebenfalls denken wir, dass der legitime Widerstand gegen Mörderbanden wie dem IS, aber auch Schlächter wie Assad (syrischer Dikator) nur mit Waffen möglich ist.

Luftangriffe oder Bodeninvasionen der ImperialistInnen (USA, Deutschland etc.), die den Nahen Osten zu dem Brandherd gemacht haben, der er heute ist, sind es allerdings keine Antwort. Wir treten stattdessen für ein von Diktaturen und ausländischer Ausbeutung freies und sozialistisches Kurdistan ein. Doch bürgerliche Regime wie das von Barzani im Nordirak, aber auch die reformistische PKK geben auf diese Fragen keine Antwort. Deshalb treten wir für den Aufbau einer konsequenten revolutionären Organisation ein, die für ein freies Kurdistan und eine Föderation sozialistischer Staaten im Nahen Osten kämpft.

Kurzartikel von Georg Ismael, REVOLUTION-Berlin



Offene Diskussionsveranstaltung der NAO in Berlin, mit Gästen die wir zum Bericht und zur Debatte einladen.

Europäische Volkstümeleien für die Jugend: Die Identitäre Bewegung

Rechts sein, dass aber selbst leugnen ist in letzter Zeit ein ziemlicher Trend in Europa. Zu den zahlreichen Erscheinungen der „Neuen Rechten“ gehört auch die „Identitäre Bewegung“ - eine rassistische, völkische Jugendorganisation deren Ursprünge in Frankreich liegen.

In unzähligen deutschen Städten und Dörfern sind sie bereits in Erscheinung getreten, auch im Internet kursieren zahlreiche Propaganda-Videos. Abgesehen von Stickern und ekelhaften Youtube Clips gab es hierzulande glücklicherweise noch nicht allzuviel von den „Identitären“ zu sehen oder zu hören, am 17.Mai gab es allerdings in Wien die erste Demonstration von ca. 100 Mitgliedern der „Identitären Bewegung“ aus ganz Europa.

Wie bei rechtspopulistischen Gruppierungen oft üblich behauptet auch die Jugendorganisation mit dem schwarz-gelben Logo nicht rassistisch zu sein. Das sie es aber dennoch sind wird schnell allen klar, die sich länger als zwei Minuten mit ihnen beschäftigen.

Ethnokulturelle Identität statt Rasse

Der aufgeklärte Identitäre weiß, dass wir alle wegen unserer Abstammung eine bestimmte ethnokulturelle Identität haben und daher zurück zu unseren Wurzeln gehen müssen.

Diese ethnokulturelle Identität wird durch die „erzwungene Vermischung der Rassen“ angegriffen und das ist schlecht, weil ja bekanntlich alle Völker ihren eigenen Lebensraum haben - das könnte manchen bekannt vorkommen. Schlussendlich ist kaum ein Unterschied zwischen der kruden Theorie der Ethnokulturellen Identität und der Blut-und-Boden Ideologie der Faschisten zu erkennen, beide legitimieren den Kampf von Rasse gegen Rasse und tragen damit zur Spaltung der unterdrückten Klasse bei.

Pro border! Pro nation! Stop immigration! - Symbole und Parolen der Identidioten



Die Identitären mögen es gerne „modern“ aber trotzdem völkisch und bedienen sich einer Vielzahl von Symbolen mit historischem Hintergrund, klauen aber auch gerne was es so an „linkem Style“ gibt um ansprechender auf Jugendliche zu wirken.

Ihr Logo ist das sogenannte „Lambda“ ein Buchstabe des griechischen Alphabets. Anscheinend sind die Identitären von dem Hollywood Blockbuster „300“ so fasziniert, dass sie auf sich gerne das Bild spartanischer Krieger übertragen, die in der Antike in Unterzahl gegen das persische Invasionsheer kämpften, glücklicherweise verlieren diese 300 -ausnahmslos männlichen-Kämpfer die Schlacht aber.

Derzeit beschränkt sich der identitäre Aktionismus auf das Internet. In mittlerweile relativ vielen Videos präsentieren die neu-rechten Jugendlichen ihre Propaganda, hier ein paar Beispiele:

„Eure multikulturelle Gesellschaft bedeutet für uns nur Hass und Gewalt“
(Quelle Identitäre Bewegung, Soundtrack)

Viele -wenn nicht alle- von uns-sind selbst aus anderen Kulturkreisen oder haben Freund*innen, Genoss*innen oder Familienangehörige die einfach nicht „deutsch“ ist. Für jeden vernünftigen Menschen sollte feststehen, dass Multikulturalismus vorallem eines ist, nämlich eine Form von Vielfalt, die ein Gewinn für uns alle ist. Die rechten Holzköpfe sehen das aber anders, alles was nicht „deutsch“ bzw. „europäisch“ ist, bedeutet für sie gleich Hass und Gewalt. Uns als Internationalist*innen ist klar, dass nicht etwa eine weltoffene, multikulturelle Gesellschaft Hass und Gewalt bedeutet, sondern, dass Hass und Gewalt von rechten Demagog*innen, geistigen Brandstifter*innen und rassistischer Schläger*innen!

„Wir identitäre glauben, dass zwei Völker nicht zusammenleben können[...] Masseneinwanderung?![...] Das geht nicht mehr!“ (Quelle: französischer Identitärer im Interview in der Arte Dokumentationreihe Yourope)

Wie es in rechten Gruppen üblich ist fürchten auch die Identitären um den

Fortbestand „ihres“ „Volkes“. Der Grund dafür sei die Überfremdung durch sogenannte Masseneinwanderung. Diese Überfremdung ist aber alles andere als eine Bedrohung, sondern vielmehr das rhetorische Schreckgespenst Nummer 1 verschiedenster rechter Demagogen und nichts weiter als ein Hirngespinnst.

„Wir sind die doppelt bestrafte Generation: dazu verdammt in ein Sozialsystem einzuzahlen, das so großzügig zu Fremden ist, daß es für die eigenen Leute nicht mehr reicht“ (Quelle, Génération Identitaire - Kriegserklärung, Youtube)

Die 326 €, die einem Flüchtling zum Überleben hierzulande gewährt werden sind den Identitären anscheinend zu großzügig. Die Mär, dass Ausländer*innen den Einheimischen auf der Tasche liegen ist schlichtweg gelogen und erneut zeigt sich hier wie die Identitäre Bewegung sich an klassischer rechter Rhetorik, wie sie auch bei Pro-Deutschland, oder der FPÖ zu finden ist bedient.

Lasst uns gemeinsam den Identitären (und allen anderen Rechten natürlich auch) zeigen, dass wir nicht auf ihren faulen Schwindel hereinfallen, wir, die Arbeiter*innenklasse und die Jugendlichen lassen uns nicht spalten erst recht nicht von pseudomodernen Rassist*innen!

Ein Artikel von Flo Wasser, REVOLUTION Zülpich

Der Kampf in Kurdistan: Entwicklungen und Perspektiven

Während in den letzten Wochen vor allem die Geschehnisse um Gaza und Israel in der medialen Landschaft im Vordergrund standen, richtet sich der Blick nun auf Kurdistan, wo sich die Massaker der islamisch-fundamentalistischen Gruppe „IS“ (Islamischer Staat, auch

bekannt als ISIS) weiter verschärfen und die dort lebenden Menschen zunehmend bedrohen.

Besonders betroffen waren hierbei zuletzt vor allem die Orte Kobanê, wo der IS versucht die drei kurdischen Kantone der Rojava-Region zu spalten und die im Irak gelegene Stadt Shingal in der Nähe Mossuls, wo die IS die in ihren Augen „ungläubigen“ Yezid_innen massakrierte und vergewaltigte, ihre Heiligtümer und die der Alevit_innen zerstörte und folglich eine Massenflucht auslöste. Viele flüchteten in die Berge des Sindschar-Gebirges und verdursteten teilweise bei 40 Grad - umzingelt vom IS. Inzwischen konnten Truppen der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG / YPJ) die Eingeschlossenen teilweise befreien, nachdem sich zuvor die Peschmerga - Truppen („die dem Tod ins Auge sehen“) der KDP / PUK - nahezu kampfflos zurückgezogen hatten. 50.000 Yezid_innen sind vom religiösen Terror bedroht, werden vertrieben und ermordet, 1,5 Millionen Menschen sind in der gesamten Region auf der Flucht. Betrachten wir zunächst, wer überhaupt dieser IS ist, die überall, wo sie auftaucht, Gräueltat hinterlässt.

Das erklärte Ziel des IS ist der gewalttätige Aufbau eines Kalifats im Nahen Osten - einem streng auf den Traditionen des Islam aufgebauten Staat. Er besaß damals je nach Schätzung lediglich 5.000 - 15.000 Kämpfer. Wie konnte es also dazu kommen, dass diese Gruppe inzwischen große Teile Syriens und des Iraks kontrolliert? Die Stärke des IS ist letztlich ein zurückkehrender Bumerang einer gescheiterten US-Politik im Irak. Nach dem Sturz Husseins 2003 installierte die USA eine Marionettenregierung, was ihr den Zugang zu den irakischen Ölfeldern sichern sollte. Diese neue, schiitische Regierung unterdrückte die sunnitische Bevölkerung in demselben Masse, wie sie zuvor umgekehrt vom Sunniten Saddam Hussein unterdrückt wurden.

Sunnit_innen und Schiit_innen sind Anhänger zweier verschiedenen Strömungen innerhalb des Islam, die vor ca. 1300 Jahren entstanden sind. Im heutigen Konflikt geht es aber vor allem um eines: Sicherung von Öl und damit Macht, wobei beide Seiten von ihren Eliten unter dem religiösen Mantel gegeneinander ausgespielt werden und der Hass dadurch ständig reproduziert wird. Im Irak sind dabei die Schiit_innen in der Mehrheit,

obwohl weltweit ca. 90 % aller Muslime sunnitisch sind.

Die USA machten sich im Irak während ihrer Besetzungszeit bekanntlich keinen ruhmvollen Namen und trug zur Spaltung zwischen Sunnit_innen, Schiit_innen und Kurd_innen bei. Das führte im Irak bald zum Auftreten Al-Kaidas, die ganz nebenbei gesagt in den 80ern durch die USA mit aufgebaut wurde, um die Sowjetunion aus Afghanistan zu vertreiben. 2013 stieg die bis dahin im Irak durch ihren Terror eher unpopulär gebliebene Al-Kaida in den syrischen Bürgerkrieg ein und terrorisierte die dortigen Bewegungen. Dort spaltete sich der IS von Al-Kaida ab, erfuhr aber ähnlich wie im Irak Widerstand aus der Bevölkerung, auch erste Kämpfe mit Kurd_innen fanden statt und Anfang 2014 war die IS vorerst zurückgeschlagen. Das sie im Juni dann derart schnell stärker als zuvor wurde, geht im Wesentlichen auf das Konto Nuri al-Malikis, dem inzwischen zurückgetretenen schiitischen Präsidenten des Irak und Ex-Marionette der USA.



Quelle:

<http://polpix.sueddeutsche.com/bild/1.2013448.1403542775/860x860/isis-irak-syrien.jpg>

Im Juni 2013 kam es in einigen Städten zu ersten sunnitischen Widerständen gegen das Maliki - Regime, welche bald von diesem bombardiert und belagert wurden. Der IS tat nichts anderes als die Gunst der Stunde zu nutzen und übernahm im Juni die Stadt Mossul, wobei sie in den Sunniten sogleich Unterstützer fanden und sunnitische Scheichs der Mörderbande ihre Städte überließen. Blitzartig zogen sich die irakischen Truppen ohne Ausrüstung zurück, den IS-Horden fielen riesige Mengen Hightech-Waffen aus westlicher Produktion in die Hände.

Vermutliche Unterstützung erfährt der IS auch von Saudi-Arabien, was sich von Destabilisierung der Region einen Machtausbau erhofft und auch von der Türkei, welche verwundete IS-Kämpfer in ihren Krankenhäusern behandelt und ihre Grenze zum Irak für IS-Mitglieder durchlässig hält. Die Türkei erhofft sich dadurch eine Schwächung der Bewegung in Kurdistan.

Das bringt uns zurück zu den Kurd_innen selbst. Die Gebiete der ca. 25 Millionen Kurd_innen erstrecken sich über die Länder Türkei, Iran, Irak und Syrien - Ergebnis der kolonialen Aufteilung der Region durch die Siegermächte des Ersten Weltkrieges, welche die ethnischen Grenzen in der Region völlig ignorierte und bis heute Grund für Konflikte ist.

Dabei kommt es vor allem in der Türkei zu immer wiederkehrenden, gravierenden Differenzen: Seit der kemalistischen Nationalismuspolitik in der Türkei, welche vorsah eine Türkei zu schaffen, in der alle Ethnien türkisch sind, unterdrückt der türkische Staat die Kurd_innen und spricht ihnen das 1920 kurzzeitig gegebene Recht auf Autonomie und Selbstbestimmung ab. Es kam immer wieder zu Aufständen, welche aber allesamt von der türkischen Armee niedergeschlagen wurden.

1978 gründete sich die „Arbeiterpartei Kurdistans“ PKK, welche als zentrales Mittel ihrer Politik den militanten Kampf gegen die Unterdrückung führt, einige Anschläge verübte und heute von EU, USA und Türkei als Terrororganisation eingestuft, verboten und auch mit deutschen Waffenlieferungen an das türkische Regime bekämpft wird. Abgesehen von einigen linken Phrasen ist sie heute eher bürgerlich-nationalistisch ausgerichtet und fordert inzwischen konföderale Strukturen in der Türkei. Die kurdische Bewegung findet zunehmend Unterstützung in türkischen Gewerkschaften und Umweltverbänden.

Auch in den anderen drei Ländern Irak, Iran und Syrien waren die Kurd_innen als Minderheit jahrelanger Repression ausgesetzt, Widerstand wurde aufgebaut. Im Nordirak wurde in 1992 bereits eine ansatzweise Selbstständigkeit erkämpft, bis die dortigen Kurd_innen 2005 im Zuge der US-Besatzung von der schiitischen Regierung eine weitgehende Autonomieregion (KRG) mit kurdischer Amtssprache, eigenem Staatsapparat und Armee (Peschmerga) anerkannt bekamen - allerdings auch weil die dortige kurdische Führung den US-Imperialismus stütze. Inzwischen hat sich dort fast schon ein Staat im Staate gebildet, welcher infrastrukturell wesentlich weiter entwickelt ist als der restliche Irak - auch weil die dortige Autonomieregierung der Demokratischen Partei Kurdistan (KDP) des korrupten Barzani-Clans das Geld nicht ähnlich massiv in Waffen umsetzte,

wie dies Bagdad tat.

Dann, 2011, kam der arabische Frühling. Syrisch-kurdische Städte demonstrierten mit als erstes. Als die Revolution dann in einen Bürgerkrieg überging und klar war, dass die syrische Opposition die kurdischen Forderungen ebenfalls nicht anerkennt, konzentrierten sich die Kurd_innen auf die Verteidigung ihrer Gebiete im Norden (Rojava), wo im Januar die Autonomie ausgerufen wurde und Rätestrukturen im Aufbau sind und zunehmend die Kontrolle übernehmen - wobei diese klar von proletarischen Räten abzugrenzen sind, vielmehr sind es Volksfronträte. Inzwischen sind über eine Millionen Menschen aus Syrien in die Rojava geflüchtet, die Solidarität füreinander ist angesichts der aktuellen Bedrohung groß: Es ist den enormen Hilfsleistungen und Lieferungen der türkischen Kurd_innen zu verdanken, dass es unter dem Feuer syrischer Gruppen und islamistischer Terroristen eine kurdische Rojava noch gibt.

2011 wurde dort von der PKK-nahen Partei der demokratischen Union (PYD) ihr militärischer Arm gegründet, welcher zurzeit trotz schlechter Bewaffnung am erfolgreichsten gegen den IS kämpft. Dabei verteidigt der Arm nicht nur Rojava, sondern geht auch darüber hinaus gegen die Terrorbande vor. Diese Miliz setzt sich gleichermaßen aus Frauen (YPJ) und Männern (YPG) zusammen - ein wesentlicher Grund für die bisherigen Erfolge.

Sowieso ist die kurdische Organisation in diesem Aspekt sehr progressiv ausgerichtet: 30-prozentige Frauenquote in der Autonomieregierung im irakischen Teil, geschlechterquotierte Doppelspitzen auf allen Ebenen in Rojava und dem türkischen Teil sowie 40-prozentige Frauenquote.



Weibliche Kämpferinnen stellen einen großen Teil der Selbstverteidigungstruppen der Kurd*innen

Quelle:

https://33.media.tumblr.com/07f571bb1c9f231eb3a10722855f0f8b/tumblr_napm92N41J1tb16pso1_500.jpg

Der IS stellt eine große Bedrohung für den kurdischen Kampf dar, aber

angesichts des drohenden Zerfalls des Iraks und Syriens eröffnet sich gleichzeitig eine große Chance in Richtung kurdischer Selbstbestimmung.

Die Mächte der NATO - allen voran die USA - stehen vor den Trümmern ihres imperialistischen Komplexes, mit dem sie versucht haben sich in der Region festzusetzen und sie zu kontrollieren - gesprengt durch die eigene Politik, durch die eigenen Waffen. Die Ratlosigkeit des Westens wird deutlich wenn man betrachtet, dass dieser im Kampf gegen IS sogar eine Allianz mit dem Iran diskutiert, wovon ihre Verbündeten und gleichzeitig Verfeindeten des Iran, z.B. Israel und Saudi-Arabien, alles andere als begeistert sind.

Kurdistan könnte sich nun zunehmend als Stabilitätsfaktor und kurzzeitiger, attraktiver Partner zur Schadensbegrenzung herausstellen, welchen der Westen nun für sich zu gewinnen versucht - was durch die jüngsten „Unterstützungsbombardements“ und „Hilfstruppen“ durch die USA bereits bewiesen ist, letztlich aber nur noch mehr Sunniten in die Arme der IS treiben wird. Hier geht es natürlich auch nicht vorrangig um Unterstützung des kurdischen Befreiungskampf, sondern mal wieder um Rettung gefährdeter Interessen: Kirkuk, eine Stadt, die ein riesiges Ölfeld kontrolliert, fiel wenige Tage nach der IS-Offensive Anfang Juni in die Hände der Kurd_innen. Der Befreiungskampf wird also nur in sofern unterstützt, als er den imperialen Interessen dienlich ist - was nicht heißt, das der imperialistische Westen einen eigenen kurdischen Staat unterstützen wird, ein Erhalt des Irak ist ihm der eigenen Interessen halber lieber.

Kurdistan wurde außerdem zu einem Zufluchtsort für Flüchtlinge aus der gesamten Region, was nicht zuletzt daran liegt, dass hier kein religiöser Fundamentalismus vorherrschend ist und weniger nach ethnischer Homogenität gestrebt wird - was allerdings nicht unbedingt für die kurdischen Führer gilt.

Auf dem Weg zum befreiten Kurdistan liegen aber auch innerhalb der Region noch große Probleme vor: So ist die Korruption weit verbreitet - vor allem im schon oben erwähnten Clan der Barzanis und in der PUK, einer nationalistischen Partei. Außerdem ist Barzani die Führung der Rojava ein

Dorn im Auge - schließlich sieht er durch sie in Verbindung mit der PKK seine Vormachtstellung gefährdet. Um seine Macht zu sichern arbeitete der Clan bisweilen auch mit Erdogan zusammen.

Auf der anderen Seite ist in der Rojava auch nicht alles Gold, was glänzt: die PKK-nahe PYD hat dort andere Parteien illegalisiert und eine autoritäre Einparteienherrschaft errichtet. Die aus dieser Volksfrontpolitik resultierende Repression schwächt auch den Befreiungskampf und richtet sich oft auch gegen Linke.

Ein anderes, großes Problem ist die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Türkei - nur über sie gelangt kurdisches Öl auf den Markt und aus ihr kommen etwa 80 % aller Lebensmittel. Auch die Unterdrückung der Frau und der LGTB ist trotz Rojava noch immer stark verfestigt.

Unterstützt würde ein eigenständiger kurdischer Staat im Irak aktuell von Israel, wegen des Öles wohl auch von der Türkei toleriert, abgelehnt hingegen vom Iran, in den anderen Teilen Kurdistans gibt es dafür von anderen Staaten hingegen weniger Unterstützung.

Auf dem Weg zur Unabhängigkeit gilt es für die Kurd_innen jetzt aber zunächst alle Kräfte gegen IS zu mobilisieren, ihn an der Ausweitung seines reaktionären, menschenverachtenden Feldzuges zu hindern und ihn letztlich ein für alle mal zurückzuschlagen. Ferner ist es unabdingbar, jede Einflussnahme des Imperialismus entschieden abzuwehren, da er Kurdistan nur zu einer neuen Halbkolonie machen und alles Progressive zerstören würde.

Hier wird gestritten, ob Linke Waffenlieferungen an die kämpfenden Kurden unterstützen sollen. Was wir hier haben, ist ein kurzzeitiges Zusammenfallen der Interessen von imperialistischen Staaten und Konzernen sowie der Interessen von für Unabhängigkeit kämpfenden Unterdrückten, welche sich zudem gegen faschistische Fundamentalisten verteidigen müssen, was in Kurdistan für YPJ/YPG, als auch für die Peschmerga gilt. Der IS ist im Besitz von hochtechnologischen Waffen aus US-Produktion, die Verteidiger_innen der kurdischen Gebiete sind hingegen mit eher primitiver Bewaffnung

ausgerüstet. Aus dieser Lage muss die Forderung entstehen, die gegen IS auftretenden Kräfte auch mit Bewaffnung zu unterstützen, wenn sie dies einfordern. Gleichzeitig lehnen wir eine Waffenkontrolle durch Barzani ab - die Kontrolle gehört in die Hände der Milizen und der Ausgebeuteten. Auf der anderen Seite fordern wir die sofortige Einstellung von Waffenlieferungen an die IS-Unterstützerstaaten. Uns ist bei diesen Forderungen bewusst, dass die Imperialisten des Westens die PKK und ihre Milizen nicht beliefern werden - fordern muss man es dennoch!

Für die Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, den aktuellen Kampf fortzuführen, wobei aber nur eine sozialistische, revolutionäre Strategie die Befreiung aller in den kurdischen Gebieten lebenden Menschen bedeutet - unabhängig von Ethnie, Kultur, Geschlecht und nicht zuletzt vom äußeren Imperialismus. Diese Perspektive muss sich nun entwickeln und beweisen, dass sie die einzige ist, die sich im Kampf gegen die faschistischen Milizen zugunsten der ärmlicheren Arbeiter_innen und Bauern_Bäuerinnen entwickeln kann.

Ein sozialistisches Kurdistan kann dann aber nur überleben, wenn der gesamte Nahe Osten dem Beispiel folgt und sich durch eine soziale Revolution der Ausgebeuteten und Abhängigen von Imperialismus, Terror, Krieg, Korruption und Unterdrückung befreit - was eine riesige Bereicherung für alle im Nahen Osten lebenden Menschen wäre und letztlich dauerhaften Frieden gewähren kann.

In der aktuellen Situation stellen wir folgende Forderungen auf:

- Stoppt das Massaker der IS - Stopp jeglicher Unterstützung der IS!
- Massive humanitäre, strukturelle Hilfe für die Kurd_innen!
- Aufbau von proletarischen Rätestrukturen - Zerschlagung der korrupten Clanstrukturen und Einparteienherrschaften!
- Die Kontrolle über die kurdischen Gebiete und die dortigen Unternehmen in die Hände der Ausgebeuteten!
- Eine taktische - nicht politische - Einheitsfront aller kurdischen, syrischen & irakischen Milizen, die sich IS entschlossen

entgegenstellen!

- Stopp jeglicher Waffenlieferungen an imperialistische Vertreter und reaktionäre Banden!
- Aufhebung des PKK-Verbotes, Streichung von der Terrorliste und Freilassung aller Gefangenen!
- Bekämpfung jeglichen Imperialismus - er wird die Situation dort nur verschlimmern, wie er es bereits tat!



Frieden und Freiheit für Kurdistan!

Quelle:

<http://www.antifaschistische-link.de/Bilder/2010-11-20-heilbronn-demo.jpg>

- Keine weiteren Luftschläge - Waffenlieferungen ohne imperialistische Bedingungen an die gegen IS kämpfenden Milizen, wenn sie diese einfordern !
- Aufbau von Solidaritätsbündnissen zur internationalen Unterstützung der Kurd_innen!
- Grenzen auf für Flüchtlinge! - Grenzen dicht für IS!
- Schluss mit der Unterdrückung der Kurd_innen durch Irak, Iran, Türkei und Syrien!

Für ein freies, einiges, selbstbestimmtes, säkulares und sozialistisches Kurdistan!

Für die vereinigten, sozialistischen Staaten des Nahen Osten!

Ein Artikel von Lars Filder, REVOLUTION Fulda

Die Angriffe enden, der Krieg geht weiter - Bilanz des Gaza-Krieges 2014

„The IDF’s campaign has not been concluded.“ steht auf den Flugblättern, die die israelische Armee (Israel Defence Force) über Gaza abwirft, bevor sie die Häuser bombardiert. Trotzdem einigten sich die palästinensische und die israelische Regierung am Dienstag, den 26.08.14 auf eine unbefristete Waffenruhe. In ihrem „Final Showdown“ zerstörte die IDF mehrstöckige Wohnhäuser, natürlich wieder unter dem Vorwand, diese hätten der Hamas als Versteck gedient.

Tatsächlich handelt es sich dabei jedoch um gezielte Angriffe auf die spärliche palästinensische Infrastruktur. Im Fall der Hochhäuser wurden die Büros des Ministeriums für Wohnungsbau getroffen[1].



Flugblatt der IDF

Während des letzten Gaza-Krieges kamen mehr als 2000 Palästinenser_innen ums Leben, dreiviertel davon waren Zivilist_innen und unter diesen 500 Kinder. Insgesamt gab es über 11.000 Verletzte. 100.000 Palästinenser_innen sind obdachlos, teilweise kommt es zu 18 Stunden Stromausfall pro Tag und nur 10% der Bevölkerung hat Zugang zu fließendem Wasser[2].

Auf israelischer Seite starben 64 Soldat_innen und 4 Zivilist_innen.

Gnädigerweise soll die nun die Grenze zum Gaza-Streifen für humanitäre Güter und Baumaterial geöffnet und die Fischfangzone am Mittelmeer um 6 Meilen ausgeweitet werden. Das Baumaterial gibt’s zwar nicht gratis, aber

wer denkt, dass die israelische Regierung eventuell auch noch Profit aus dem Bombardement machen möchte, der_ die ist sowieso, naja ihr wisst schon, Antisemit_in.

Viele Israelis erschienen auf Grund der Sicherheitslage nicht an ihrem Arbeitsplatz, was in der dritten Woche des Konflikts bereits 130 Millionen Dollar Schaden verursachte. Als Konsequenz des Konfliktes will die israelische Regierung nun mehr Geld in das Militär investieren und gleichzeitig in zivilen Sektoren Geld sparen[3].

Eine weitere Einnahmequelle könnten auch die 400 Hektar Land im Westjordanland werden, die sich Israel eine Woche nach der Waffenruhe angeeignet hat.

Der Landraub läuft dort unter dem Gesetz zur „Erklärung zu Staatsland“, ein Relikt aus der Zeit des osmanischen Reiches[4].

Im ganzen Konflikt konnten die palästinensischen Verteidigungseinheiten nur einen sehr geringen Erfolg erzielen. Da die Regierung unter Abbas und die zweitgrößte Islamistengruppe „Islamischer Dschihad“ die Verhandlungsvorschläge von Ägypten annahm, die lediglich eine Waffenruhe und die kurzfristige Lieferung humanitärer Hilfsgüter umfassten, jedoch beispielsweise die Rückstufung der von Israel deklarierten Pufferzonen außer Acht ließen, wuchs der Druck auf die Hamas. Um ihre Glaubwürdigkeit und Willensstärke unter Beweis zu stellen, ließen sie in den letzten Tagen des Konflikts mehrere Kämpfer_innen hinrichten, die sie der Kollaboration mit Israel bezichtigten.




Hamas feiert „Sieg“ in Gaza

Auf den Straßen von Gaza wird nun der Sieg über die israelische Armee gefeiert, größtenwahnsinnig und realitätsfern wird der Bau eines eigenen Flughafens verkündet und die Beendigung der Besatzung scheint zum Greifen nah. Deshalb möchte sich Präsident Abbas auch am 15. September an den UN-Sicherheitsrat wenden, um dort den genauen Plan für den Abzug

der IDF (Israel Defence Force) auszumachen. Blöd nur, dass die USA dort nach wie vor ein Vetorecht haben.

Doch auch an die nächste Instanz, den Internationalen Strafgerichtshof, hat Abbas schon gedacht. Im Falle einer Untersuchung der Verbrechen in Palästina würden am Ende wahrscheinlich mehr Hamas-Mitglieder als israelische Politiker_innen oder Soldat_innen verurteilt werden würden, da der zionistische Staat viele seiner Verbrechen bisher unter „Selbstverteidigung“ verbuchen konnte.

Die aktuelle Kritik an der israelischen Regierung kommt nicht aus der Friedensbewegung, sondern aus dem nationalistisch-konservativen Lager. Die erhoffte Schwächung der Hamas ist nicht eingetreten, so dass einige Kabinettsmitglieder sogar eine Fortsetzung der Militäroffensive forderten[5]. Mit der saubersten Weste kommt jedoch Ägyptens Präsident Al-Sisi aus dem Konflikt heraus, der sich als Friedenstaube hinstellt, nicht zuletzt weil die israelische Regierung an guten Beziehungen zu Kairo interessiert ist und die USA ihm den Rücken stärken. Dass die Beteiligung Ägyptens an der Zerstörung der Versorgungstunnel und die Schließung der Grenzen nicht besser ist als die israelische Blockade des Gazastreifens, wird da schnell vergessen.

Die Waffenruhe trägt sicherlich dazu bei, dass viele Menschenleben gerettet werden können. Jedoch ist es ein Trugschluss zu glauben, dass sie zur  Lösung des Nah-Ostkonflikts beiträgt, denn nur weil die Angriffe enden, ist noch nicht das Ende des Krieges erreicht. Die Unterdrückung der Palästinenser_innen in den besetzten Gebieten, aber auch innerhalb Israels, und der Landraub gehen weiter. Nach wie vor gibt es kein Rückkehrrecht für palästinensische Geflüchtete, die mittlerweile auf der ganzen Welt verstreut sind und die angekündigten Investitionen für die israelische Armee sind böse Vorboten für kommende Konflikte. Das erklärte Ziel der Regierung ist es, die „Terroristen“ ein für alle mal zu eliminieren und, da nach zionistischer Definition eigentlich jede_r Palästinenser_in potentiell terroristisch ist, wird der „Kampf gegen den Terror“ bald in eine neue Runde gehen. Nämlich dann, wenn der palästinensische Widerstand, eine dritte Intifada, es nicht schafft, das Apartheids-Regime zu stürzen. Die Öffnung der Grenzen, die

sozialen Angriffe auf die israelische Bevölkerung zu Gunsten der Armee und der zunehmende Druck Ägyptens auf Gaza sind Faktoren, die eines begünstigen können: Die Erkenntnis, wer der wahre Feind ist, nämlich die religiös-fundamentalistische, diktatorische Bourgeoisie im Nahen Osten!

Svenja Spunck, REVOLUTION Berlin

[1] <http://www.tagesschau.de/ausland/gaza-427.html>

[2] Svenska Dagbladet, 01.09.2014

[3]

<http://www.middleeasteye.net/news/israeli-cost-operation-protective-edge-2046309157>


[4]

<http://www.freunde-palaestinas.de/palaestina-heute/2006-israel-provoziert-und-plant-enteignung-von-400-hektar.html>

[5]

http://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_70792162/palaestinenser-drohen-israel-rueckzug-oder-strafergericht.html

Russland-Sanktionen: Mehr Äpfel müssen von uns gegessen werden!

Kein Kampf ohne Mampf - so lautet die Devise des deutschen  Landwirtschaftsministers Christian Schmidt seitdem die Sanktionen Russlands gegen die EU erhoben wurden. Seit einigen Wochen wurde der Import von vielen landwirtschaftlichen Produkten aus der EU gestoppt, es

mangelt in Moskau seitdem stark an Apfelmus. Nach einigen Wochen Selbstversuch hat unser Landwirtschaftsminister jedoch erschreckt feststellen müssen, dass er nicht alle Äpfel alleine essen kann, um unsere Wirtschaft in Schwung zu halten. Mit dem Slogan „Deutsche Äpfel für deutsche Kinder (in deutschen Schulen und deutschen Kindergärten)“ ruft er dazu auf, noch vor dem ersten deutschen Brot am Morgen in einen Apfel zu beißen. Mit der neu gewonnenen körperlichen Gesundheit des Volkes ist dann auch gleich die Grundlage für körperliche Ertüchtigung gegeben. Endlich mal einer, der die Lage Ernst nimmt!

Die Front deutscher Äpfel hat sich bisher noch nicht zu diesem Schwenk der Bundesregierung geäußert. Es scheint jedoch, also würde die jahrelange Lobbyarbeit endlich fruchten. Sehen wir dort eine neue schwarz-boskooprote Koalition am Horizont?

Die, die aber tatsächlich in den sauren Apfel beißen werden durch diese Sanktionen, sind nicht die deutschen Kartoffeln, sondern die polnischen Bauern und Bäuerinnen. Die bisher exportierten 500.000 Tonnen passen auf keinen Apfelkuchen. Oma Nadia dazu empört „Ich fühle mich veräppelt!“

Die 20.000 Tonnen aus Deutschland sind nichts dagegen. Trotzdem kommt unser Minister nicht nur mit einem plumpen Spruch wie „Äpfel essen gegen Putin“ daher, sondern bietet auch gleich praktische Vorschläge.

Christian Schmidt hat einen guten Anfang gemacht, denn Äpfel sind sehr vielseitig. Wir wäre es mit staatlicher angeordneter Apfelbong, einen Liter Apfelmus pro Tag oder zumindest bei jeder CSU-Versammlung, Apfelwurst (Rezept auf www.chefkoch.de) und zum Glück ist auch die Zeit für Bratäpfel bald gekommen. Auch faulige Äpfel als C-Waffen oder Granatäpfel gegen Russland zu verwenden wäre eine Idee, aber hier will ja keiner Krieg, oder?

Auf den letzten deutschen Apfel, der sich nach Mallorca exportierte, können wir jedoch gerne verzichten. Lieber Holger, nicht jeder trifft so gut wie Wilhelm Tell.

Die drei ???, REVOLUTION-Berlin

Antideutsche Hetze gegen Palästina-Soli in Kassel



☒ **Stellungnahme von REVOLUTION und Gruppe Arbeitermacht Kassel zu den Ereignissen im Vorfeld und nach den Palästina-Soli-Demonstrationen im Juli 2014 und zu Drohungen gegen unsere AktivistInnen**

Situation:

Am 15.07.14 fand in Kassel eine Demonstration in Solidarität mit der Bevölkerung Palästinas und gegen Krieg und Zionismus statt. Von Anfang an machten die OrganisatorInnen über ihre Veranstaltungsseite klar, dass Rassismus und Antisemitismus nicht Charakter der Demo seien und solche Äußerungen auch nicht toleriert werden. Um dies zu garantieren, wurde im Vorfeld beschlossen, jedwede Fahnen außer der palästinensischen Flagge zu verbieten. Es wurde immer wieder betont, dass sich die TeilnehmerInnen nicht von der angekündigten Gegenkundgebung provozieren lassen sollen. Natürlich war uns klar, dass nicht nur progressive Kräfte an der Veranstaltung teilnehmen werden. Aber diese, in Kassel offenkundig recht wenigen Reaktionären, sollten SozialistInnen nicht davon abhalten, sich auch öffentlich als KriegsgegnerInnen und Palästina-solidarisch zu zeigen.

Anzumerken:

Im Vorfeld hatten dem sogenannten „antideutschen“ Spektrum zuzuordnende Gruppen wie T.A.S.K.

und ak:racoons die Polizei massiv zum Eingreifen gegen ihnen nicht genehme Transparente und

Schilder aufgefordert und ein Bedrohungsszenario gegen die jüdische Gemeinde in Kassel

herbeigeredet. Den beiden Demoaufruferinnen wurde Gewalt angedroht, sollten diese ihr Vorhaben,

gemeinsam mit der jüdischen Gemeinde ein Gespräch zu führen, umsetzen wollen. So wurde im

Vornherein ein Klima der Angst und der Bedrohung gegen jüdische MitbürgerInnen inszeniert,

welches in keinem Falle das Anliegen, noch den Charakter der Demonstration widerspiegelte.

Auf der Demo selber waren für uns weder Hamas- noch Hisbollahfahnen unter den weit über 1500

Menschen ausfindig zu machen. Nur eine orangene Fahne mit einem Wappen, zwei Gewehren und

einem patriotischem Spruch machten uns stutzig, wurde aber erst im Nachhinein identifiziert.

Später mussten wir dann leider erfahren, dass die Fahne in Verbindung mit dem spanischen Franco-

Faschismus steht. Hätten wir das gewusst, wären wir selbstverständlich auf die OrdnerInnen

zugekommen und hätten dafür gesorgt, dass die Fahne und am besten auch deren Besitzer sofort

von der Demo verschwinden muss.

Ablauf:

Auf Höhe des Friedrichsplatzes erreichten wir die ca. 50 Pro-Israel und Pro-Deutschland

DemonstrantInnen. Als die Stimmung sich aufheizte, was ja auch das unausgesprochene Ziel der

IsraelfreudInnen war, bildeten die Demo-OrdnerInnen eine zweite Kette vor

den Bullen, um so beruhigend auf die Menge ein zu wirken. Zu dem drängten sie darauf, dass die Menge sich wieder in Bewegung setzen und sich nicht von den anwesenden KriegsbefürworterInnen provozieren lassen sollte. Es kam zu keinen körperlichen Zwischenfällen, ein Mann schrie „Scheiß Juden!“ und wurde sofort von mehreren OrdnerInnen angegangen.

Stimmungsmache:

Die Darstellungen des Bündnisses gegen Antisemitismus, dass die Bullen gewalttätige DemonstrantInnen zurückhalten mussten, da die IsraelfreundInnen ansonsten „dem rasenden Mob hilflos ausgeliefert gewesen wären“, sind ebenso lächerlich wie auch gezielte Panikmache, vergleichbar mit dem im Vorfeld erfolgten Ratschlag, Minderjährige sollten aus Sicherheitsgründen der Kundgebung fernbleiben. Ähnlichem Tenor folgt die Ankündigung der jüdischen Gemeinde, den Gottesdienst während der Folgedemo am Freitag dem 18.07.14 aus Angst vor Übergriffen auf die Synagoge absagen zu müssen. Aussagen von Jonas Dörge vom Bündnis gegen Antisemitismus, die Dienstagsdemo sei die größte Ansammlung von Antisemiten seit 1945 gewesen, sind genauso unverschämt wie geschichtsrevisionistisch. Geschichtsrevisionistisch, weil verschwiegen wird, dass es sehr wohl in Kassel ab den Jahren 1968 massive Nazi-Ansammlungen gegeben hat, unverschämt dabei der plumpe Versuch, Antizionismus zu Antisemitismus umzudeuten. Wer Antizionismus mit Antisemitismus gleichsetzt, bekämpft nicht den Antisemitismus, sondern benutzt diesen Vorwurf allein zur Rechtfertigung der rassistischen Vertreibungspolitik Israels und

des aktuellen Massakers
der israelischen Armee in Gaza.

Fotos:

Einer unserer Genossen fotografierte auf der Kundgebung um diese zu dokumentieren und veröffentlichte einige Fotos. Besonders bezeichnend waren die Bilder der „antideutschen“ ZionistInnen, die offensichtlich überhaupt kein Problem damit hatten, neben und unter der Deutschlandfahne ihrer BündnispartnerInnen zu stehen. Dass sogenannte „Antideutsche“ in allen entscheidenden außenpolitischen Fragen konform mit den Interessen des deutschen Imperialismus gehen, ist nichts Neues, dass sie dies nun auch offen und unverhohlen zeigen, schon. Das Bild wurde vielfach auf facebook geteilt und kommentiert, was die IsraelfreundInnen sehr erzürnte. Auf der REVOLUTION Seite ging ein regelrechter Shitstorm nieder, inklusive Drohungen, Bilder von uns seien bald im Archiv und wir dann „dran“. Dass jede Menge Fotos in Portraitqualität von TeilnehmerInnen der Kundgebung auf allen möglichen ihrer „befreundeten“ Portale unverpixelt veröffentlicht werden, scheint T.A.S.K. und ak:racons dabei weit weniger zu stören.

Grundsätzlich:

Natürlich verpixeln wir alle Fotos von linken AktivistInnen, die wir bei linken Kundgebungen, Veranstaltungen oder bei Antifademos aufnehmen. Dies dient dem Schutz der GenossInnen vor staatlicher Repression und auch vor Angriffen von rechts. Leider konnten wie bei der

nationalistischen KriegsbefürworterInnen-Kundgebung keinen „linken Charakter“ erkennen, noch macht eine kaum sichtbare Antifaflagge aus einer mit Deutschland- und Israelfahnen bestückten Kundgebung schon eine Antifaveranstaltung.

Nein, es ist ein für alle Male klarzustellen: ak:racoons und T.A.S.K. gehen Hand in Hand mit dem BgA und der Staatsräson des deutschen und US-Imperialismus. Sie fordern unverhohlen die deutsche Exekutive zur Verstärkung ihrer Anliegen auf; sehr weit entfernt von „still not loving the police“. Dass ak:racoons sich dabei quasi selbstverständlich das Recht herausnimmt, palästinensische Aktivistinnen auf ihren Seiten unverpixelt zu posten, bestätigt eine durchweg antimuslimische um nicht zu sagen, rassistische Sicht der Dinge. Zwar gab es in der Vergangenheit punktuelle Einheitsfronten mit genannten Gruppen im Kampf gegen Faschisten. Doch z.B. schon in der „Ukraine-Frage“ überwog die Bündnistreue zum westlichen Imperialismus und unser Anliegen, eine gemeinsame Aktion gegen das Massaker in Odessa zu machen, wurde schlichtweg abgelehnt. Es gab keinerlei sonstigen gemeinsamen Kampf mit diesen Gruppierungen im antikapitalistischen Kampf, da dieser von den Gruppen nicht geführt wird.

Drohungen

Zwei Tage nach der ersten Palästina-Soli-Demo wurde einer unserer Genossen zu Hause „besucht“. Er selber war gerade nicht anwesend, sondern nur eine Familienangehörige, die sich sehr wundern mussten. Die „Anti-Deutschen“ redeten von Bildern, die unser Genosse von ihnen im

Internet veröffentlicht habe und verlangten mit Nachdruck ein Gespräch darüber. Wir werten diesen Hausbesuch als Einschüchterungsversuch, auch wenn es kein offen aggressives Auftreten gab. Wir verwahren uns entschieden gegen diese faschistoiden Methoden. Am 05.08.14 kam dann wieder eine Mail an die Adresse von REVOLUTION Kassel. Hierin wurde die Gruppe als „Anti-Antifa“ denunziert.

Fazit:

Wir stellen hiermit nochmals heraus, dass wir weder T.A.S.K. noch den ak:racoons oder andere Israel-solidarische Gruppen und Einzelpersonen als Teil einer progressiven Bewegung ansehen und uns von diesen auch in keinster Weise Vorschriften über einen linken Konsens über die Verfahrensweise mit Fotos machen lassen. Noch tolerieren wir ihre Methoden, sich unseren GenossInnen über Hausbesuche zu nähern. Forderungen nach weiteren Waffen für Israel und weiterem Siedlungsbau lehnen wir entschieden ab. Wir stellen uns in Solidarität mit der israelischen Linken, die unter Lebensgefahr in einer hoch militarisierten und von rassistischer Ideologie geprägten Gesellschaft gegen den Krieg und für Solidarität mit den berechtigten Forderungen der palästinensischen Bevölkerung eintritt. Wir rufen daher zu weiteren Demonstrationen auf.

REVOLUTION und Gruppe Arbeitermacht Kassel - 14. August 2014

Die Stellungnahme als PDF herunterladen